

Die Schweiz im Jahre 1923

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **St. Galler Schreibmappe**

Band (Jahr): **27 (1924)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-947953>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz im Jahre 1923.

Man kann heutzutage keine Chronik der wichtigsten Begebenheiten in unserem Lande schreiben, ohne einleitend wenigstens einen raschen Blick auf die Entwicklung der *internationalen Politik* zu werfen; denn einmal hat diese sehr starke Rückwirkungen auf unser Wirtschaftsleben, und zum andern bringt es unsere Zugehörigkeit zum Völkerbund mit sich, daß die Schweiz weit mehr als früher an den Vorgängen außerhalb ihrer Grenzen interessiert ist. Das Hauptcharakteristikum des abgelaufenen Jahres ist das rücksichtslose Vorgehen des siegreichen Frankreichs gegenüber dem unterlegenen Deutschland, jene verhängnisvolle Pfänderpolitik, die zur *Besetzung des Ruhrgebietes* führte und deutscherseits mit dem von Anfang an aussichtslosen, riesige Summen verschlingenden passiven Widerstand beantwortet wurde. Die Bilanz dieses ungleichen Ringens, das auch in unserem Lande die öffentliche Meinung intensiv beschäftigte und vielfach als eine Fortsetzung des Krieges in anderer Form aufgefaßt wurde, war in wirtschaftlicher Beziehung der vollständige Zerfall der deutschen Währung, auf politischem Gebiete der Anfang vom Ende der deutschen Republik. Die beispiellose Entwertung der deutschen Mark brachte auch dem schweizerischen Geschäftsleben gewaltige Verluste, die zur Hauptursache so manchen ökonomischen Ruins wurde, ganz abgesehen davon, daß das ungelöste Reparationsproblem den internationalen Handel und damit das Wiederaufblühen unserer Export-Industrie hinderte. Der trübe Aspekt der Weltpolitik gab dem Pessimismus fortwährend neue Nahrung, und es war schließlich nicht zu verwundern, daß die fatalistische Idee vom „Untergang des Abendlandes“ in vielen Kreisen Wurzeln schlagen konnte. Indessen muß doch festgestellt werden, daß gewisse Befürchtungen, die z. B. auf die Ueberschwemmung Europas durch den Bolschewismus oder auf den Ausbruch eines neuen Weltkrieges sich bezogen, mehr phantastischen Vorstellungen als einer gründlichen Kenntnis der realen Verhältnisse entsprungen sind. Die Tragödie des Deutschen Reiches, deren letzter Akt noch nicht zu Ende ist, spielt sich so dicht vor unserer Haustür ab, daß wir geistig und materiell darunter stark leiden müssen; aber die Konstitution unseres demokratischen Staates ist gottlob so gesund, daß sie nach menschlichem Ermessen genug Widerstandskraft gegen polische Bakterien dieser oder jener Art besitzt.

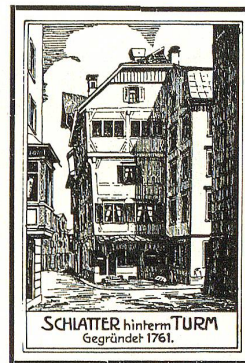
Diese Immunität ist auch wünschenswert gegenüber jener Bewegung, die in Italien unter dem Namen Fascismus begonnen, aber immer mehr zu einem persönlichen Kultus für deren Schöpfer Mussolini sich entwickelt hat. Die Massensuggestion, der dieser Tribun seine fast beispiellosen Erfolge verdankt, ist eine typische Erscheinung unseres, durch den Krieg desorientierten Zeitalters, auch wenn sie zum Teil mit der Eigenart unseres südlichen Nachbarvolkes zu erklären sein dürfte. Wie gefährlich eine solche, auf die chauvinistischen Instinkte spekulierende Politik, die ja auf innerpolitischem Gebiete als Reaktion gegenüber kommunistischen Umsturzversuchen psychologisch einigermaßen verständlich erscheint, für die zwischenstaatlichen Beziehungen werden kann, hat der *italienisch-griechische Zwischenfall* blitzlichtartig erhellt. Die heimtückische Ermordung der Militärmission in Jannina gab der italienischen Regierung zweifelsohne das Recht, Untersuchung und Sühne zu verlangen; aber mit ihrem schroffen Ultimatum und noch mehr mit der Besetzung Korfus, die ein Analogon der Pfandnahme in der Ruhr bildete, überschritt sie die einer rechtlichen Erledigung gezogenen Grenzen, einzig im Vertrauen auf die Macht als ausschlaggebenden Faktor. Der Appell Griechenlands an den *Völkerbund* bewirkte freilich nicht jenes energische Dreinfahren, das viele, und merkwürdigerweise am meisten die Gegner dieser jungen Institution, gewünscht hatten; aber sicher ist, dass der Konflikt, der formell durch die Botschafterkonferenz behandelt wurde, ohne den indirekten Einfluß der Völkerbundsinstanzen niemals hätte so rasch aus der Welt geschafft werden können. Die Schweiz brachte dem Zwischenfall, bei dem es sich letzten Endes um die Gleichberechtigung der

Rieser & Hohermuth

vormals Schlatter & Co.

St. Gallen

Hinterm Turm - Telephon 58



Kolonialwaren

Spezialitäten in feinen gebrannten
Cafés in verschiedenen Preislagen

Rohe Malabar, Menado,
Portorico etc., blau und gelb

Chinesische u. indische Tees,
Schokolade, Kakao, Biskuits,
Konserven

feinstes Olivenöl, Speiseöle, Dörrobst
Hülsenfrüchte, Südfrüchte

★

Material- und Farbwaren

Prima Leinölfirnis nur eigener Kochung

Farben in Öl gerieben und trocken



Schweizerische, französische
und englische Lacke

Pinself, Schwämme

★

Fensterleder, Abbeizmittel,
Wasch- und Putzmittel

★

Sigrisf-Merz & Co.

vormals Baugeschäft Merz

ST. GALLEN



Übernahme und Ausführung
von
Hoch- und Tiefbauten jeder Art

Industriebauten
in Eisenbeton

Brücken

Häuser-Renovationen

Umbauten

Liftschächte

Kanalisationen

Tropical-Bedachung



Bureau und Werkplatz:
Wassergasse No. 40—44
Telephon-Nummer 355



großen und der kleinen Staaten handelte, naturgemäß regstes Interesse entgegen, ihre Sympathien für den Standpunkt Griechenlands nicht verhehlend. Rein äußerlich betrachtet, ging Mussolini als Sieger aus der Affäre hervor; aber außer dem wichtigsten Umstand, daß kriegerische Verwicklungen vermieden werden konnten, darf wohl auch die Räumung Korfus durch die Italiener hervorgehoben werden, um zu zeigen, daß die Gewaltpolitik faktisch und moralisch doch verurteilt und an der Verwirklichung ihrer wahren Absichten verhindert worden ist.

Die grundsätzliche Frage der staatlichen Verantwortlichkeit für Attentate, die auf dem Territorium des betreffenden Landes begangen werden, war im Zusammenhang mit dem Korfuhandel aufgerollt worden; sie hatte für die Schweiz insofern eine aktuelle Bedeutung, als am Auffahrtstage *Worowsky*, der Führer der sovjet-russischen Delegation, die während der Orient-Friedenskonferenz ohne offizielle Anerkennung in Lausanne weilte, von dem Rußland-Schweizer *Conradi* erschossen worden war. Die bolschewistische Regierung erhob in einer anmaßenden Note schwere Anklagen gegen den Bundesrat und verlangte Sanktionen, die mit ruhiger Bestimmtheit zurückgewiesen wurden. Als dann Tschitscherin, der russische Volkskommissär für Auswärtiges, die Schweiz mit neuen Vorwürfen überhäufte, erklärte der Bundesrat unter Zustimmung der erdrückenden Mehrheit des Schweizervolkes, daß er es mit seiner Würde nicht vereinbaren könne, mit den Gewalthabern in Moskau weiter zu diskutieren. Der Wirtschaftsboykott, den Sowjetrußland über die Schweiz verhängte, war eine Demonstration, die für das schweizerische Wirtschaftsleben keine großen Nachteile zeitigte. Der Prozeß gegen den Mörder *Worowskys* spielte sich im November vor der nach unserm Rechte zuständigen richterlichen Instanz, den waadtländischen Geschworenen, ab; er führte zur Freisprechung *Conradis* und seines Komplizen *Polunin*, zu einem Urteil, das nach rein-menschlichem Empfinden verständlich, aber juristisch anfechtbar war und deshalb sehr verschieden kommentiert wurde. Beruhigend wirkte der Umstand, daß die Mehrheit der Geschworenen die Schuldfrage bejaht hatte; der Freispruch war lediglich darauf zurückzuführen, daß das vom waadtländischen Strafgesetzbuch vorgeschriebene Zweidrittelsmehr für eine Schuldigerklärung nicht erreicht wurde. Dem Versuch der Kommunisten und Sozialisten, das Urteil durch Protestkundgebungen politisch auszubuten, blieb ein größerer Erfolg versagt, besonders nachdem der Bundesrat durch die Ausweisung des Russen *Polunin* deutlich bekundet hatte, daß er mit dem gefühlsmäßigen Wahr- oder besser gesagt Fehlspruch der Geschworenen nicht einig ging.

Wie sehr die Machtpolitik noch dominiert, haben wir beim *Zonenkonflikt mit Frankreich* am eigenen Leibe erfahren müssen. Am 18. Februar wurde das von der Bundesversammlung angenommene Zonenabkommen von Volk und Ständen der Eidgenossenschaft mit wuchtiger Mehrheit verworfen und damit dem Bundesrat zur Pflicht gemacht, an den verbrieften Rechten der Schweiz auf die kleinen Zonen um Genf unentwegt festzuhalten. Die Landesregierung handelte nach dem Willen des Souveräns, als er das Ansinnen der französischen Regierung, das Zonenabkommen über den Kopf des Schweizervolkes hinweg in Kraft zu setzen, höflich aber kraftvoll zurückwies, und dabei die ganze öffentliche Meinung des Landes geschlossen hinter sich hatte. Herr Poincaré trat einen vorläufigen Rückzug an und erklärte sich unter gewissen Vorbehalten, die aber gerade den Kern des Problems bilden, zur Prüfung von schweizerischen Gegenvorschlägen bereit. Auf diesen Notenwechsel im Frühling folgte eine längere Pause, die vom Bundesrat dazu benützt wurde, im Einvernehmen mit Genf durch die dortige Handelskammer ein neues Projekt ausarbeiten zu lassen. Bevor aber dieser Vorschlag nach Paris geschickt werden konnte, entschloß sich die französische Regierung unter dem unzutreffenden Vorwande, daß die Angelegenheit schweizerischerseits verzögert wurde, zu einer eigenmächtigen, mit dem Artikel 435 des Versailler Vertrages im Widerspruch stehenden Maßnahme. Sie teilte am 10. Oktober dem Bundesrat

mit, daß sie nach Ablauf einer Monatsfrist das französische Gesetz in Kraft setzen und die Zollgrenzen an die politische Grenzen vorschieben, also tatsächlich durch einen einseitigen Willensakt das Zonenregime aufheben werde. Der Bundesrat erhob, wiederum unter Zustimmung des ganzen Schweizer Volkes, die in zahlreichen Kundgebungen einen unzweideutigen Ausdruck fand, energische Einsprache gegen dieses Vorhaben, und es entwickelte sich daraus eine längere Aussprache in Form von diplomatischen Noten, die immer mehr erkennen ließ, daß eine Einigung über die Rechtsfrage nicht möglich war. Frankreich beharrte auf der Aufhebung der Zonen, und die Schweiz konnte auf dieser Basis keine weiteren Verhandlungen mehr führen. Der Bundesrat tendierte infolgedessen auf ein schiedsgerichtliches Verfahren, dem schließlich von Frankreich im Prinzip zugestimmt wurde; immerhin steht im Momente, da diese Zeilen zu Papier gebracht werden, die Antwort der französischen Regierung auf die letzte Note des Bundesrates noch aus. Inzwischen hat Frankreich den Rechtsbruch begangen und seine Zöllner an die Grenze vorrücken lassen; die nachteiligen Folgen für die Zonenbevölkerung sind aber auch nicht ausgeblieben.

Die innere Politik der Eidgenossenschaft stand im Zeichen der Negationslust der Referendumsbürger. Am gleichen Tag, da das Zonenabkommen verworfen wurde, erfuhr die *Schutzhaft-Initiative*, ein verspätetes und verfehltes Produkt der Generalstreiks-Zeit, eine noch viel stärkere Ablehnung von Volk und Ständen. Auch mit der Verwerfung der *Zoll-Initiative*, die den provisorischen Gebrauchstarif wieder abschaffen und für die Zukunft ein vermehrtes Mitspracherecht des Volkes sichern wollte, konnte man sich abfinden, nachdem die baldige Vorlegung des Generalzolltarifes in Aussicht gestellt und überdies am schweizerischen freisinnig-demokratischen Parteitag in Solothurn die Erklärung angenommen worden war, daß der Artikel 29 der Bundesverfassung für normale Zeiten jede einseitige Schutzzoll-Politik ausschließe. Dagegen war es in hohem Grade zu bedauern, daß damit die Aera der Vereinigung nicht zum Abschluß kam, sondern am 3. Juni auch noch die *Revision des Alkoholartikels* als Opfer forderte. Die Vorlage, die einerseits der Zunahme des Schnapskonsums wehren und andererseits dem Bund und den Kantonen neue Finanzmittel zuführen wollte, hätte wahrlich ein besseres Schicksal verdient. Am meisten hatte das dringende Postulat der *Altersfürsorge* unter dem verwerfenden Entscheid zu leiden, und wenn auch die nationalrätliche Kommission für die Alters- und Invalidenversicherung unter dem Vorsitz von Dr. Mächler sich große Mühe gibt, eine Lösung zu finden, so ist doch unverkennbar, daß noch große Hindernisse zu überwinden sind. Bei Beurteilung der Finanzfrage ist nicht zu übersehen, daß für die *Arbeitslosenfürsorge* (Notstandsarbeiten und Unterstützungen zusammen) rund eine halbe Milliarde ausgegeben werden musste. Nachdem ein beträchtlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit zu konstatieren war, ließ sich auch ein allmählicher Abbau der Unterstützungen rechtfertigen.

Die *Spartendenz* war überhaupt das Leitmotiv der Finanzpolitik des Bundes, der Kantone und Gemeinden; überall wurde nach Abbau und Vereinfachung gerufen. Ob freilich alle Maßnahmen den darauf gesetzten Erwartungen entsprechen, darf füglich bezweifelt werden. So können wir z. B. noch nicht glauben, daß die ohne Benützung des Referendums in Rechtskraft erwachsene *Reorganisation der Bundesbahnen*, durch die St. Gallen seine Kreisdirektion verlor, die versprochenen Vorteile in vollem Umfange bringen wird. Gegen die Beschneidung des Militärbudgets setzte, nachdem der unter aufsehenerregenden Umständen erfolgte *Rücktritt des Generalstabschefs Sonderegger* die Gemüter stark bewegt hatte, aus Offizierskreisen eine starke Bewegung ein.

Wir möchten unsere summarische Jahres-Revue nicht abschließen, ohne den *75jährigen Bestand des Bundesstaates* zu erwähnen; mögen von dieser Erinnerung an das Jahr 1848, die am freisinnigen Volkstag in Sempach so erhehend gefeiert worden ist, neue kräftige Impulse für unsere nationale Politik ausgehen!

E. F.

B. Sutter „zum Spinnrad“

St. Gallen

88

Altes Spezialgeschäft

für

Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche, Unterkleider, Strumpfwaren, alle Herren-Modeartikel, Herren-Hemden nach Maß oder ab Lager. ✍

MODERNE, WEICHE

FILZHÜTE



CHAPELLERIE

A. LEDERGERBER

NEUGASSE 44 - ST. GALLEN

Praktische Geschenkartikel

Feine Lederwaren, Damentaschen

Portemonnaies, Schreibwaren

Papeterien, Spielwaren

in reichhaltiger Auswahl

empfiehlt höflichst

C. OERTLE-ROHNER

Papeterie / Teufen, Dorfplatz